

Widerspruch von der Bürgermeisterin

Landrat Berthold Gall (CDU) hat der Sozialdemokratin geraten, den HFA-Beschluss zu beanstanden.

Schwalbach. Jetzt ist es offiziell: Bürgermeisterin Christiane Augsburger (SPD) hat Widerspruch gegen den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) eingelegt, der mit den Stimmen der schwarz-grünen Koalition und der FDP den Weg für den weiteren Einsatz von «Schwarzen Sheriffs» auf Schwalbachs Straßen freigemacht hatte. Augsburger begründet ihr Veto damit, «dass der Beschluss gegen das Hessische Gesetz über öffentliche Sicherheit und Ordnung und gegen die Verfassung (Artikel 33, Absatz 4) verstößt». Im dem hessischen Gesetzestext wird die Gefahrenabwehr als hoheitliche Aufgabe eingestuft, und hoheitliche Aufgaben obliegen laut Verfassung in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Private Sicherheitskräfte im öffentlichen Raum seien demnach tabu, so Augsburger. «Ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht und habe wohlüberlegt und abgewogen», sagt die Rathauschefin. «Auch die Ausführungen von Landrat Bertold Gall haben mich in der Auffassung bestärkt, dass der HFA-Beschluss gegen geltendes Recht verstößt und mein Widerspruch daher notwendig ist», sagt Augsburger. Gall, der die Kommunalaufsicht innehat, habe in einem persönlichen Gespräch mit ihr bekräftigt, «dass ich als Bürgermeisterin rechtswidrig handeln würde, wenn ich den Beschluss ausführe», sagt sie.

Öffentliche Diskussion

Nach dem Beschluss war bekanntlich eine massive öffentliche Diskussion entbrannt, in die sich auch Gall einschaltete. Den Widerspruch möchte Augsburger aber nicht als Konfrontationskurs zum Parlament verstanden wissen. Sie sagt im Gegenteil: «Ich sehe es vielmehr als einen Brückenschlag zum Parlament, weil uns der Widerspruch ermöglicht, die ganze Sache noch einmal in Ruhe neu zu beraten und zu bewerten.» Denn Folge des Widerspruchs ist, dass das Parlament einen neuen Beschluss fassen muss. Schon vor der HFA-Entscheidung hatten Augsburger und der Magistrat auf die rechtlichen Komplikationen mit den «Schwarzen Sheriffs» hingewiesen und statt dessen vorgeschlagen, vier befristete Stellen für weitere Stadtpolizisten zu schaffen. Drei gibt es schon. «Ich beharre nicht auf den vier Stellen, es können auch weniger sein», zeigt sich Augsburger gesprächsbereit. Die 200 000 Euro, die der HFA für private Sicherheitskräfte bewilligt hat, würden aber auch ausreichen, um die vier Hipo-Stellen zu schaffen. Stadtpolizisten können laut Augsburger flexibler und kontrollierter eingesetzt werden als «Schwarze Sheriffs», weil sie der Aufsicht des Rathauses unterliegen, was ihnen auch mehr Befugnisse verleiht. Augsburger hat den zaghaften Eindruck, dass einige Stadtverordnete zum Umdenken bereit sind.

Der Teufel könnte hier aber im Detail stecken. Sollte die Parlamentsmehrheit wider Erwarten auf den Schwarzen Sheriffs bestehen, kann Augsburger dies formal erneut beanstanden. Dann müsste das Parlament vor das Verwaltungsgericht ziehen, um seinen Willen durchzusetzen. Ursprünglich hatte der Magistrat noch unter Bürgermeister Roland Seel (CDU) erstmals im Frühjahr 2008 eine private Sicherheitsstreife beauftragt, nachdem dies von Geschäftsleuten, die unter Vandalismus litten, gefordert worden war. Das Parlament hatte dies dann nachträglich beschlossen.